

PROTOKOLL

der 9. Sitzung des Sozialausschusses vom 07.04.2010

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr
Sitzungsort: Neues Rathaus, Raum 8

Ende der Sitzung: 20.35 Uhr

Anwesenheit Sozialausschuss 07.04.2010

Mitglieder des Ausschusses	anwesend	abwesend	
		entschuldigt	unentschuldigt
Stimmberechtigte Mitglieder			
Herr Klaus Lamprecht (i.V. des Oberbürgermeisters)	x		
Frau Ina Leukefeld	x		
Frau Ingrid Mitschke	x		
Herr Lothar Denner	x		
Herr Dieter Lämmerzahl	x		
Frau Bärbel Strauch	x		
Frau Judith Csutorka	x		
Frau Manuela Habelt (ab 17.05 Uhr)	x		
Herr Dr. Manfred Hardt	x		
Herr Michael Spörer	x		
Mitglieder mit beratender Stimme			
Herr Thomas Koch	x		
Frau Bianca Conrad (i.V. des Herrn Jürgen Arfmann)	x		
Frau Sarina Schünemann	x		
Frau Karen Wetzlich (i.V. Frau Angelika Hellmann)	x		
Herr Lutz Stiehler	x		
Sachkundige Bürger			
Frau Elisabeth Pfestorf	x		
Herr Lars Jähne	x		
Herr Rüdiger Müller	x		
Herr Daniel Mentzel	x		
Frau Gundula Herzfeld	x		
Frau Petra Kämmerzähl	x		
Ständige Teilnehmer			
Herr Jan Turczynski	x		
Herr Dietmar Behrendt	x		

Feststellung der Beschlussfähigkeit des Ausschusses:

Von 10 stimmberechtigten Mitgliedern sind 10 anwesend,
von 5 beratenden Mitgliedern sind 5 Mitglieder anwesend,
von 6 sachkundigen Bürgern sind 6 anwesend.
Damit ist der Sozialausschuss beschlussfähig.

A) Nichtöffentlicher Teil

B) Öffentlicher Teil

TOP 2. Bürgerfragestunde

Frau Kremser, Vorsitzende des Behindertenbeirates, gibt einige Informationen zum am 03.05.2010 stattfindenden „Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“, der in diesem Jahr unter dem Motto „Inklusion – Dabei sein! Von Anfang an. Mobilität für alle von allen.“ steht. Inklusion bedeutet das selbstverständliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen von Anfang an. Dabei geht es u.a. auch auf die Verwirklichung von Barrierefreiheit.

TOP 3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 03.03.2010

Herr Mentzel weist darauf hin, dass er sich hat entschuldigen lassen. Dies wird entsprechend geändert.

Abstimmung über das Protokoll:	8	Ja-Stimmen
	0	Nein-Stimmen
	2	Enthaltungen

von 10 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses.

Damit ist das Protokoll der Sitzung vom 03.03.2010 bestätigt (Beschluss-Nr. SA 05/10).

TOP 4. Information zur Arbeit der Volkssolidarität Südthüringen e.V.

(Gast: Herr Höpfner, Geschäftsführer der Volkssolidarität)

Herr Höpfner berichtet über die Arbeit des Regionalverbandes Südthüringen, die sehr vielseitig ist. So werden nahezu alle Bereiche sozialer Dienstleistungen abgedeckt, z.B. Wohnen für Senioren, Pflegeeinrichtungen, hauswirtschaftliche Betreuung, Beratung und Betreuung von Demenzerkrankten und deren Angehörige, Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung, Jugend- und Freizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten sowie der Reisedienst. Aus der Vielfalt der Leistungen und Einrichtungen ergibt sich auch die hohe soziale Kompetenz des Verbandes.

Ein Überblick über die Leistungen und Einrichtungen wird dem schriftlichen Protokoll beigelegt.)

Frau Pfestorf weist darauf hin, dass die Arbeit des Wohngebietsbeirates Ilmenauer Straße ohne die Mitarbeit der Volkssolidarität nicht denkbar wäre. Sie fragt, wie die Volkssolidarität auf die Arbeit in den Ortsteilen mehr Einfluss nehmen will, da dort teilweise durch die älter werdende Bevölkerung die Aktivitäten nachlassen.

Herr Höpfner informiert, dass man sich verstärkt der Mitgliedergewinnung in den Ortsteilen zuwenden will, da dies die Lebensqualität fördern kann.

Auf die Frage von Herrn Dr. Hardt nach dem Einzugsbereich der Volkssolidarität antwortet Frau Strauch, dass sich mit der Fusion der Kreisverbände Suhl, Ilmenau und Sonneberg der Einzugsbereich auf diese Bereiche erstreckt. Die geplante Zusammenlegung mit Hildburghausen und Schmalkalden-Meiningen kam jedoch nicht zustande.

Herr Müller weist darauf hin, dass die soziale Betreuung in Suhl vorwiegend durch die Wohlfahrtsverbände realisiert wird, wobei die Volkssolidarität einer der größten Träger ist und diese den Schwerpunkt der offenen Altenarbeit hat. Insgesamt deckt diese jedoch eine große Bandbreite ab.

Frau Leukefeld fragt mit dem Hinweis, dass die Volkssolidarität auch Arbeitgeber ist, nach der Anzahl der Beschäftigten, unterteilt nach Festangestellten, Arbeitsförderungsmaßnahmen und ehrenamtlich Tätigen.

Herr Höpfner informiert, dass der Regionalverband ca. 200 Mitarbeiter beschäftigt, darunter auch Minijobs z.B. für das Essen auf Rädern. Die Mitwirkung der ca. 480 Ehrenamtlichen ist für ihre Arbeit unentbehrlich, insbesondere in den Begegnungsstätten, in der Hospizarbeit und in der Jugendsozialarbeit.

Herr Lamprecht ergänzt, dass die Wohlfahrtsverbände auch einen erheblichen Wirtschaftsfaktor darstellen und hier eine große Verantwortung haben. Hierzu ist aber auch eine hohe Flexibilität z.B. bei den Arbeitszeiten erforderlich. Ein großer Teil der Finanzierungen läuft zudem über Projekte.

Auf die Fragen nach der Alterstruktur, dem Frauenanteil und dem Anteil an Alleinerziehenden bei den Beschäftigten informiert Herr Höpfner, dass jede Altersgruppe je nach Betätigungsfeld vertreten ist. In der Volkssolidarität sind fast nur Frauen beschäftigt, jedoch kaum Alleinerziehende, meist verheiratete Frauen, obwohl die Absicherung der Kinderbetreuung kein Problem wäre.

Auf die Frage von Frau Habelt, ob auch schon Integrationshelfer eingesetzt sind, antwortet Herr Höpfner, dass dies noch kein Arbeitsbereich der Volkssolidarität ist.

Herr Lämmerhirt fragt, ob Lücken in der sozialen Betreuung insgesamt gesehen werden und wie eine Vernetzung der verschiedenen Angebote erfolgt.

Herr Höpfner weist darauf hin, dass die Volkssolidarität in die Liga der freien Wohlfahrtspflege eingebunden ist. Es wird kein Verdrängungswettbewerb angestrebt und es gibt auch Absprachen mit anderen Anbietern, ohne jedoch die Notwendigkeit außer Acht zu lassen, dass man auch als wirtschaftliches „Unternehmen“ agieren muss.

TOP 5. Information und Diskussion zur Problematik „Wohnen in der Stadt Suhl aus sozialer Sicht“

(Gäste: Vertreter der Gewo und der AWG)

Frau Leukefeld weist auf das verteilte Info-Material hin und betont, dass es auch im Hinblick auf das Stadtentwicklungskonzept wichtig ist, diese Thematik auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Augner, Geschäftsführerin der Gewo, führt aus, dass es schwierig ist, bei der Gewo Erfolge darzustellen, da sich das Unternehmen in einem Konsolidierungsprozess befindet. Baulich ergeben sich somit zurzeit nicht viele Möglichkeiten, spürbare Verbesserungen, z.B. den Einbau von Aufzügen, zu realisieren. Der Konsolidierungsprozess muss auch Mieterhöhungen beinhalten, die jedoch in Absprache mit dem Sozialamt und der Arge erfolgen. Auch bei Mietschulden erfolgt eine kurzfristige Reaktion in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten der Stadtverwaltung und der Arge. Der Wegfall der Sozialarbeiter in den Wohngebieten wird zum großen Teil durch die zuständigen Ansprechpartner für die Wohngebiete kompensiert. Bei notwendigen Umzügen in Folge der Rückbaumaßnahmen werden die Mieter durch ein intensives Umzugsmanagement nicht alleingelassen.

Herr Brösicke, Vorstandsvorsitzender der AWG, gibt einen Überblick über die Wohnungs-, Miet- und Bewohnerstruktur der AWG. Danach liegt der Altersdurchschnitt der Mieter bei ca. 48 Jahren, die Miethöhen liegen zu gut einem Drittel im Bereich der Richtlinie für die Kosten der Unterkunft nach SGB II, es gibt aber auch ausreichend Wohnraum in der entsprechenden Größe. In diesem Zusammenhang weist er auf seinen Vorschlag hin, bei der Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft die Gesamtmiete als Grundlage zu nehmen, da sanierte Wohnungen zwar eine höhere Grundmiete, jedoch auch meist geringere Betriebskosten haben.

Dem kann nach Aussage von Herrn Turczynski jedoch aufgrund der Rechtsprechung nicht gefolgt werden.

Herr Brösicke führt weiter aus, dass bei der AWG seit 1990 ca. 530.000 € Mietschulden aufgelaufen sind, laufend sind es ca. 180.000 €. Aktuelle Mietschuldner werden durch die Sozialarbeiter betreut.

Er weist auch auf die vielfältige Förderung sozialer Belange durch die AWG hin, sei es durch Sponsoring oder durch die Betreibung von Begegnungsstätten. Mit anderen Trägern gibt es eine gute Kooperation.

Nicht zuletzt hat die AWG auch im investiven Bereich Erfolge vorzuweisen, z.B. durch den Einbau von Aufzügen (bisher 10). Die AWG plant auch, in den nächsten 10 Jahren mit einer Durchschnittsmiete von ca. 4,50 €/qm sowohl die Genossenschaft zu entschulden als auch notwendige Investitionen zu tätigen. Hierfür sind allerdings auch weitere Rückbaumaßnahmen erforderlich.

Herr Brösicke informiert ebenso, dass die AWG in den Wohnanlagen Friedrich-König-Straße 11 und 17 Service-Wohnen für ältere Bürger anbietet. Die Wohnanlagen sind barrierefrei erreichbar, jede Wohnung kann bequem mit Aufzug stufenfrei erreicht werden. Die Wohnungen sind unterschiedlich mit Dusche oder Wanne ausgestattet, so dass den individuellen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Die Wohnanlagen sind mit einem Conciergedienst versehen, der den Bewohnern 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr jederzeit für alle Belange als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Jede Wohnung verfügt über einen 24h-Notruf, der vor Ort beim Concierge aufläuft. Hier ist jederzeit eine entsprechende Reaktion möglich. Zudem besteht die Möglichkeit, auf Wunsch einen mobilen Notruf zu nutzen, einen Schlüssel für den Notfall beim Concierge zu hinterlegen und hier auch entsprechende Angaben von Angehörigen, Arzt, Einschränkungen, Medikamenten, ... zu hinterlassen, um im Notfall eine schnelle und effiziente Hilfe zu ermöglichen. Beide Wohnanlagen verfügen über Nachbarschaftstreffe, die von einem Pflegedienst und dem Verein „Nachbarn am Rennsteig“ e.V. betrieben werden.

Herr Lamprecht hebt hervor, dass es gut ist die großen Vermieter als verlässliche Partner zu haben. Er ist sich gewiss, dass kein Mieter mit seinen Problemen alleingelassen wird. Dafür bedankt er sich bei der Gewo und der AWG. Dies sollte auch in der Öffentlichkeit so dargestellt werden.

Frau Mitschke fragt nach der Höhe der Mietschulden bei der Gewo.

Frau Augner erklärt, dass die ca. 2 Mio. € kumulierte Angaben sind, die zum großen Teil noch aus der Vergangenheit resultieren. Ein wesentlicher Teil dieser Mietschulden ist nicht mehr einzutreiben, sei es durch eingeleitete Insolvenzverfahren oder weil die ehemaligen Mieter nicht mehr auffindbar sind.

Frau Leukefeld ergänzt, dass die Höhe der Mietschulden seit längerer Zeit konstant ist und dass es hier nicht um Sozialleistungsempfänger geht.

Herr Müller weist aus der Sicht des Seniorenbeirates darauf hin, dass es wichtig ist, die Belange der älter werdenden Bevölkerung ausreichend zu berücksichtigen, z.B. durch den Einbau von Aufzügen wie bei der AWG. Er weiß auch dass dies bei der Gewo noch nicht so realisierbar ist. Wichtig ist auch familienfreundliches Wohnen.

Herr Brösicke gibt bei allen Notwendigkeiten auch zu bedenken, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mieter und deren individuellen Wünsche zu berücksichtigen.

Herr Stiehler fragt, wie bei Abrissmaßnahmen passender Wohnraum für die Mieter gefunden wird.

Herr Brösicke informiert, dass es ein Modellprojekt mit der Gewo gebe, wie das Wohnen der Zukunft aussehen könnte.

Er ergänzt, dass es allerdings wichtig sei, die Problematik der Altschulden zu lösen. Diesbezüglich geht auch der Appell an die Landtagsabgeordnete, sich für eine Regelung einzusetzen.

Frau Leukefeld entgegnet, dass es hier schon viele Initiativen gibt, es ist jedoch letztendlich eine Bundesentscheidung.

Frau Pfestorf fragt nach der Entwicklung von „Zwangsumzügen“ infolge von SGB II-Leistungsbezug und nach dem Umgang mit „Problemmietern“.

Es wird informiert, dass es keine Zunahme von Zwangsumzügen gibt, die Mieter lösen solche Probleme oft durch den eigenen Umzug selbst.

Problemmieter werden beispielsweise bei der AWG durch die Sozialarbeiter oder bei der Gewo in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Sozialdiensten von Stadtverwaltung und Arge betreut.

Wichtig ist nicht nur in diesem Zusammenhang die Umfeldgestaltung unter Einbeziehung der Mieter und die Pflege von Nachbarschaftskontakten, z.B. auch durch Hausversammlungen.

Frau Kremser, Vorsitzende des Behindertenbeirates, verweist auf die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen und hält dabei nicht nur die entsprechende Gestaltung von Wohnraum, sondern auch des Wohnumfeldes für wichtig. Sie dankt in diesem Zusammenhang den Wohnungsgesellschaften für die gute Partnerschaft.

Es wird nochmals auf das gemeinsame Projekt für zukünftiges Wohnen verwiesen, wobei es nicht um pauschale Wohnformen geht, sondern um die Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse.

Herr Lämmerzahl fragt nochmals, ob es keine Möglichkeit gebe Kalt- und Nebenmiete bei den Kosten der Unterkunft nach SGB II zusammenzulegen, da sonst der Druck besteht, „schlechten“ Wohnraum erhalten zu müssen.

Herr Lamprecht verweist auf die entsprechende Entscheidung des Bundessozialgerichts und meint, dass hier eine politische Entscheidung notwendig ist.

Frau Leukefeld schließt die Diskussion ab mit dem Hinweis, dass diese Thematik weiter Schwerpunkt im Sozialausschuss sein wird.

TOP 6. Anfragen und Anträge nach der Geschäftsordnung

Frau Pfestorf bedankt sich für die ausführliche und lehrreiche Antwort auf ihre schriftliche Anfrage im letzten Sozialausschuss.

Frau Leukefeld informiert über einen Antrag der Fraktion Freie Wähler zur Asylbewerberproblematik, der Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses sein soll.

C) Nichtöffentlicher Teil

Frau Leukefeld schließt die Sitzung um 20.20 Uhr.

Leukefeld
Vorsitzende
des Sozialausschusses

Behrendt
verantw. Mitarbeiter
für den Sozialausschuss